

# ZUKUNFT DER EU-FÖRDERUNG

*AK Europa & Internationales*  
*Stand: 05.07.2018*

Für Nordrhein-Westfalen sind die Fördermittel aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) essenziell. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Entwicklung des Landes. Besonders hervorzuheben sind dabei die Fördermittel aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF), aus dem NRW 1,2 Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode erhält, dem Europäischen Sozialfonds (ESF), von dem NRW mit 627 Millionen Euro profitiert und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER), aus dem 618 Millionen Euro für NRW zur Verfügung stehen. Insgesamt erhält das Land Nordrhein-Westfalen 2,4 Milliarden Euro EU-Regionalfördermittel in der aktuellen Förderperiode von 2014 bis 2020. Weitere Zahlungen ergeben sich aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). In Deutschland stehen im Zeitraum 2014 bis 2020 rund 5 Milliarden Euro jährlich für Direktzahlungen aus dem EGFL für die Landwirtschaft zur Verfügung. Davon entfallen auf NRW rund 470 Millionen Euro jährlich oder rund 3,3 Milliarden für die gesamte Förderperiode. Auch darüber hinaus profitiert das Land von Mitteln zum Beispiel aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG), aus dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm der EU (Horizon 2020), der Faszilität Connecting Europe oder Erasmus+.

Angesichts der drohenden Änderungen auf der Einkommens- wie auch auf der Ausgabenseite im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ist europaweit eine Debatte über die zukünftige Ausgestaltung der EU-Strukturförderungen in vollem Gange.

**#SozialerFortschritt**  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.



Dabei ist offensichtlich, dass die Europäische Union (EU) wachsende Aufgaben (beispielsweise in der Verteidigungspolitik) nur mit einer erhöhten Eigenmittelausstattung zufriedenstellend wahrnehmen kann. Gleichzeitig werden laut Kommission mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritanniens und Nordirlands aus der EU (kurz: Brexit) voraussichtlich Beitragszahlungen in der Höhe von 12-14 Milliarden Euro fehlen.

Am 2. Mai 2018 hat EU Haushaltskommissar Oettinger vorgeschlagen für den EU Haushalt von 2021 bis Ende 2027 gut 1135 Milliarden Euro (in Preisen von 2018) einzuplanen. Zum Vergleich: Der aktuelle Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 sieht 1087 Milliarden Euro vor (in Preisen von 2018). Mehr EU-Geld soll für den Schutz der europäischen Außengrenzen sowie für Verteidigung, Forschung und Jugend (zum Beispiel die Ausweitung von Erasmus+) zur Verfügung stehen. Insgesamt sind im neuen EU-Haushalt Mehrausgaben in Höhe von 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr eingeplant. Fast alle anderen EU-Programme sollen hingegen gekürzt werden. Bei den zwei größten Ausgabenposten der EU, der Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik, werden im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) effektive Kürzungen im Vergleich zu 2020 vorgeschlagen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) soll mit 5 Prozent weniger Mittel auskommen. Die Direkthilfen für Landwirte sollen dabei um 4 Prozent sinken.

Dies ist weniger, als zwischenzeitlich diskutiert worden war. In der Kohäsionspolitik ist ein Rückgang um 7 Prozent vorgesehen. Nach Berechnungen des Europäischen Parlaments fallen die Kürzungen deutlich größer aus. Die Parlamentsverwaltung berechnet die Kürzung real auf 16 Prozent bei der GAP und auf 10 Prozent bei der Kohäsion. Im Zuge der anstehenden Beratungen zum nächsten MFR positioniert sich die SPD-Landtagsfraktion deshalb wie folgt:

1. Die Höhe der Fördermittel für Nordrhein-Westfalen nach soll auch nach 2020 auf dem aktuellen Niveau bleiben. Hierfür muss sich die nordrhein-westfälische Landesregierung auf allen Ebenen einsetzen.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



2. Vor diesem Hintergrund muss die Bundesregierung ihre jährlichen Beiträge zum EU-Budget erhöhen und für neue EU-Eigenmittel offen sein. Die SPD-Landtagsfraktion hält die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Erhöhung des Gesamtvolumens des nächsten MFR von aktuell 1 Prozent auf 1,3 Prozent für angemessen. Der Vorschlag der EU-Kommission, die Größe des EU-Haushaltes nun auf 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, werten wir als einen ersten guten Schritt.
3. Die EU benötigt echte Eigenmittel. Zu allererst steht für uns die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Diese lässt bereits zu lange auf sich warten und muss alsbald auch von einem sozialdemokratisch besetzten Bundesfinanzministerium vorangetrieben werden. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt aber auch eine faire europäische Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle in Form einer „Digitalsteuer“ wie sie bereits in der Diskussion ist. Nicht zuletzt unterstützen wir die Vorschläge der Europäischen Kommission, Eigenmittel bspw. durch eine „Plastikmüllabgabe“ zu erheben.
4. Ein europäischer Mehrwert kann nur entstehen, wenn Regionen und Kommunen europaweit berücksichtigt werden können. Die SPD-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass ein Ausschluss weiterentwickelter Regionen wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen von EU-Regionalförderungen die EU-Strukturförderung in ihrer Gesamtheit schädigen würde. Dementsprechend erwartet die SPD-Landtagsfraktion, dass sich die Landesregierung für eine Beibehaltung aller Förderregionen nach 2020 einsetzt. Gleichwohl hält die SPD-Landtagsfraktion den Vorschlag, rechtsstaatliche Prinzipien als Fördergrundlage anzuwenden für richtig: Mitgliedstaaten, die sich nicht an die Grundwerte der EU halten, sollen auch nicht von monetären Vorteilen profitieren dürfen. Dabei begrüßen wir, dass der Kommissionsvorschlag sicher stellt, dass etwaige Sanktionen nicht den Nutznießer vor Ort bestrafen, indem der betroffene Mitgliedstaat verpflichtet werden soll, die ausfallenden EU-Förderungen durch nationale Gelder zu kompensieren.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



5. Dass Nordrhein-Westfalen auch nach 2021 von den EU-Förderungen profitieren kann, hat für die SPD-Landtagsfraktion eine zentrale Bedeutung. Als starke Region ist Nordrhein-Westfalen das Kraftzentrum Europas und schafft damit einen echten europäischen Mehrwert. Dies muss auch weiter durch die Europäische Union und ihre Kohäsionspolitik unterstützt werden. Denn als „Power House“ Europas steht Nordrhein-Westfalen vor den herausfordernden Umbrüchen in Gesellschaft und Wirtschaft: ob die Dekarbonisierung, Digitalisierung oder der demografische Wandel. Umso wichtiger ist es, dass das Land weiterhin ausreichend Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds erhält, um auch weiterhin leistungsfähig zu sein.
6. Die von der EU-Kommission vorgelegten Legislativvorschläge für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bleiben hinter den Erwartungen zurück. Die zweite Säule (Entwicklung des ländlichen Raums) wird nicht gestärkt, das Instrument der Direktzahlungen bleibt bestehen, ohne dass dem Prinzip öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen gefolgt wird. Die Landwirtschaft erhält so keine Unterstützung und keinen Anreiz, einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten.
7. Die Kommission schlägt vor, im nächsten Finanzrahmen auf dem Wege der direkten Mittelverwaltung deutlich mehr in Forschung, Innovation und Digitales zu investieren. Ergänzt werden sollen diese Investitionen durch Forschungs-, Innovations- und Digitalisierungsprojekte, die im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden. Wir unterstützen diesen Weg.
8. Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die in der globalen Welt von heute sinnvoll nur durch die Europäische Union erfüllt werden können. Koordinierte außen- und entwicklungspolitische Strategien erleichtern die Bekämpfung von Fluchtursachen. Unser Ziel ist dabei zugleich ein europäischer Zukunftshaushalt mit Schwerpunkten auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Innovation oder in eine starke gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik der EU. All diese Aufgaben erfordern

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



ausreichende Mittel. Die Haushalte der Mitgliedstaaten benötigen den Spielraum, den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union auskömmlich auszustatten.

9. Die wirtschaftliche, territoriale und soziale Zusammenarbeit der EU bildet einen Grundpfeiler der europäischen Integration. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die im Rahmen der INTERREG-Programme stattfindet, erzeugt einen enormen europäischen Mehrwert. Für das Programm Interreg V Euregio Maas-Rhein belaufen sich die Gesamtmittel für den Zeitraum 2014-2020 auf 140 Mio. Euro mit einem EFRE-Mittelanteil von 96 Mio. Euro für grenzübergreifende Zusammenarbeit (Interreg V-A). Für den kommenden Finanzrahmen hat die Europäische Kommission einige Veränderungen angekündigt, sowohl was das Gesamtvolumen der Kohäsionspolitik angeht, als auch die Strukturierung der einzelnen Fonds. Die vorgeschlagenen Kürzungen in der Kohäsionspolitik betrachten wir kritisch. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt nichtsdestotrotz die Pläne der Kommission für die Weiterentwicklung der INTERREG-Programme. Von einer deutlichen Vereinfachung sowohl der Finanzierungsstruktur, als auch des Antragsverfahrens profitieren die INTERREG-Programmbehörden der Mitgliedstaaten und die begünstigten Kommunen. Eine einfachere Verknüpfung mit Fördermitteln aus anderen Förderprogrammen wie „InvestEU“ sehen wir ebenfalls positiv.
10. „Horizon 2020“ ist ein großer Erfolg und ein Projekt mit Strahlkraft innerhalb und außerhalb der EU. Eine Weiterentwicklung des Programms im Sinne einer Stärkung wird von der SPD Landtagsfraktion deshalb ausdrücklich begrüßt. Die vorgeschlagene Erhöhung der Programmmittel von knapp 80 Mrd. Euro (konstantes Preisniveau 2011) auf 100 Mrd. Euro (Preisniveau 2018) bleibt zwar hinter unseren Forderungen nach einer Erhöhung auf 120 Mrd. Euro zurück, den weiteren Abbau von Bürokratiehürden und die klare Struktur von „Horizon Europe“ betrachten wir aber als einen gelungenen Schritt in die richtige Richtung.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



11. Damit Nordrhein-Westfalen den digitalen Wandel aktiv mitgestalten und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Wandels positiv beeinflussen kann, sind stärkere Investitionen sowie eine noch engere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unerlässlich. Der Vorschlag der Kommission, Investitionen in die digitalen Kapazitäten der EU im nächsten MFR zu verdoppeln, begrüßt die SPD-Landtagsfraktion deshalb. Das Programm „Digitales Europa“ ist ein effektives Finanzierungsinstrument, um die europäischen Kapazitäten in den Bereichen Hochleistungsrechnung, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und fortgeschrittene digitale Kompetenzen für eine breite Nutzung in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern. Parallel zu der Erhöhung der digitalen Kapazitäten ist auch eine weitere Verbesserung der grenzüberschreitenden digitalen Infrastruktur in enger Verbindung mit der Erreichung der Pariser Klimaziele notwendig. Der Vorschlag der Kommission, die Mittel für die Fazilität „Connecting Europe“ nächsten MFR von 30 Mrd. Euro auf 42 Mrd. Euro zu erhöhen ist deshalb aus unserer Sicht ebenfalls sehr begrüßenswert. Eine noch bessere Verknüpfung der Fazilität mit anderen Investitionsprogrammen wie „InvestEU“ halten wir für sinnvoll, werden hier doch Projekte mit dem höchsten europäischen Mehrwert gefördert.
12. Im Zentrum der EU-Strukturförderung stehen die Menschen vor Ort. Vor diesem Hintergrund kommt den Kommunen als umsetzende Instanz eine besonders wichtige Rolle zu. Damit die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich von den EU-Förderungen profitieren können, muss eine reibungslose, transparente und flexible Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den Kommunen stattfinden.
13. Die Beantragung von Fördermitteln muss weiter erleichtert und entbürokratisiert werden.

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**



14. Eines der drängendsten Probleme bei der Beantragung und Einsetzung von Fördermitteln seitens der Kommunen sind die Kofinanzierung und mangelnde Kapazitäten für die aufwändige Antragstellung bei der EU. Kommunen müssen unseres Erachtens die Möglichkeit haben, das für Projekte eingesetztes Personal als Eigenanteil abzurechnen. Darüber hinaus spricht sich die SPD-Landtagsfraktion zur Vereinfachung für eine Stärkung von Möglichkeiten zur digitalen Abwicklung der Antragstellung aus.
  
15. Das Informationsangebot von Ko-Finanzierungsmöglichkeiten seitens der Landesregierung muss verbessert werden. Ebenso hält es die SPD-Landtagsfraktion für wichtig, dass die Landesregierung sich für ein bundesweit einheitliches Regelwerk für Kommunen einsetzt, und den Austausch mit anderen Bundesländern weiter intensiviert.



**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**

SPD-Fraktion im Landtag NRW // Platz des Landtags 1 // 40221 Düsseldorf // 0211-88 44 777 // [spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de) // [www.spd-fraktion.nrw](http://www.spd-fraktion.nrw)





**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**

SPD-Fraktion im Landtag NRW // Platz des Landtags 1 // 40221 Düsseldorf // 0211-88 44 777 // [spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de) // [www.spd-fraktion.nrw](http://www.spd-fraktion.nrw)